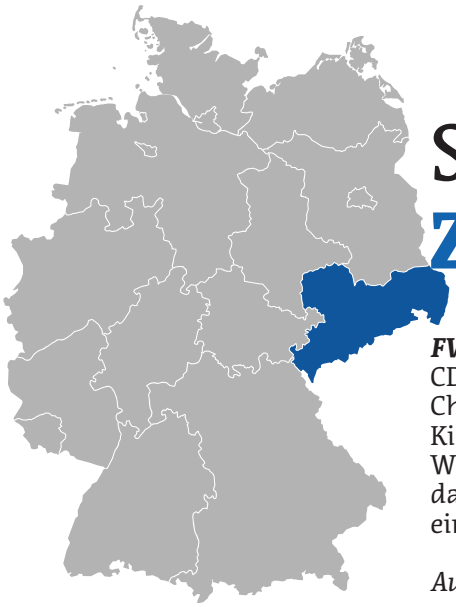


Signal gegen Zersplitterung

FVDZ-Landesverband Sachsen. Eine gute Nachricht brachte der sächsische CDU-Generalsekretär Tom Unger mit zur FVDZ-Landesversammlung in Chemnitz: „Meinem letzten Stand zufolge ist diese komische Regelung zur Kieferorthopädie im GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz vom Tisch." Wie bei allen Landesversammlungen wurde auch in Sachsen das Gesetz, das zehn Tage später im Bundestag verabschiedet werden sollte, noch einmal heiß diskutiert.

Autorin: Sabine Schmitt

Ob der sächsische CDU-Generalsekretär tatsächlich Recht behalten sollte und der Fachzahnarztvorbehalt noch vor der geplanten Verabschiedung des Gesetzes kurz vor der parlamentarischen Sommerpause aus dem Gesetz gekippt wurde, bleibt an dieser Stelle unklar. Der Redaktionsschluss des *DFZ* verhinderte zu dem Zeitpunkt gesichertes Wissen.

Doch Generalsekretär Unger brachte Hoffnung mit zur Landesversammlung. Und das war schon einiges wert. „Die KFO-Regelung ist Murks, die muss weg", sagte Unger. Er lobte die Zahnärztinnen und Zahnärzte in Sachsen, die sich mit großem Engagement für die Versorgungsicherheit einsetzten. „Die freiberufliche Zahnarztpraxis ist kein Auslaufmodell", hob er hervor. „Sie ist das Rückgrat der Versorgung. Ihr seid ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge." Auch mit dem Bundesrat werde noch bis kurz vor der 2. und 3. Lesung im Bundestag verhandelt.

Tischendorf: „Zeigen, wo Schluss ist"

Der FVDZ-Landesvorsitzende Dr. Uwe Tischendorf nahm diese Informationen dankbar auf, denn der Gedanke an die gewollte Zersplitterung des Berufsstands, der durch dieses Gesetz hervorgerufen werde, treibe die Zahnärzteschaft um. Es gehe um mehr, als „nur" die kieferorthopädische Versorgung in Sachsen gen Null zu fahren, sollte die KFO-Klausel im Gesetz bleiben, machte Tischendorf deutlich. „Es geht um unsere Approbation und dass wir als Zahnärzte dazu befähigt sind, die gesamte Zahnheilkunde auszuüben", sagte der Landesvorsitzende. Die Zahnärzteschaft dürfe sich da nicht auseinanderdividieren lassen. „Sonst sind wir nur noch eine Splittergruppe", betonte er. „Wir müssen zeigen, wo wir stehen und wo auch mal Schluss ist." Neben allen anderen möglichen Gängelungen durch die Politik, sei es in Sachen Bürokratie oder Digitalisierung, sei das Maß bei der Approbation dann voll: „Da greift der Staat in die freie Berufsausübung ein."

Auch der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl griff die Aussagen von CDU-Generalsekretär Unger noch einmal auf, die sich auch um die Bewährungsproben drehten, die der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen bevorstehen und die nur durch „unkonventionelle Ideen" umzusetzen seien. Für diese Ideen brauche es aber auch den Raum und die Freiheit zur Umsetzung, betonte Öttl. Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz lasse jedoch jegliche Form von Freiheit vermissen, denn es gehe nur um Einsparungen. Öttl kritisierte die Rückkehr zur scharfen Budgetierung, die alle Spielräume nehme: „Die Kosten in den Praxen steigen weiter – und irgendjemand muss das am Ende bezahlen."



© Sabine Schmitt

Grundessenz: das liberale Element

Als Gastredner hatte der FVDZ-Landesverband Sachsen den Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes des Hartmannbundes, Dr. Thomas Lipp, eingeladen. Wer eine „Wir-sitzen-alle-im-selben-Boot"-Rede erwartet hatte, wurde enttäuscht. Denn schon im ersten Satz wies Lipp darauf hin, dass es im Gesundheitsbereich keine Gemeinsamkeit, kein Zusammenstehen, gebe. „Die fällt einem immer erst ein, wenn es eng wird", sagte er – und dann schaue jeder auf seine eigenen Interessen als auf das, was alle Freiberufler verbinde. Er hob hervor, dass bei aller Divergenz das „liberale Element die Grundessenz allen Handelns" sein sollte. „Und als Freiberufler müssen wir die Krallen ausfahren und die Politik zwingen, unsere Interessen zu vertreten." ■